

Stellungnahme zum Entwurf einer Verordnung der Landesregierung, des Umweltministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums über Zuständigkeiten für Angelegenheiten des Immissionsschutzes und zur Änderung der Verordnung über energiewirtschaftliche Zuständigkeiten, der Arbeitszeitzuständigkeitsverordnung und der Arbeitsschutzgesetz-Zuständigkeitsverordnung

Stellungnahme

vom 23. Mai 2025

Vorbemerkung

Der VfEW e.V. vertritt als Verband der Energie- und Wasserwirtschaft über 240 Energie- und Wasserversorger in Baden-Württemberg. Darunter Großunternehmen aber auch kommunale Betriebe sowie kleine, teilweise private Gebietsversorger und Zweckverbände. Die VfEW-Mitgliedsunternehmen versorgen Industrie, Gewerbebetriebe und rund zehn Millionen in Baden-Württemberg lebende Menschen auf einer Gesamtfläche von 36.700 Quadratkilometer mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser. Für jene Unternehmen steht die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, sei es mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser oder umweltverträglicher und kostengünstiger Energie, an oberer Stelle.

Stellungnahme

Wir danken für die Möglichkeit, zum oben genannten Entwurf Stellung nehmen zu können.

Der VfEW begrüßt die Zuweisung der Zuständigkeiten in der vorliegenden Form. Insbesondere die Ausweitung der Aufgaben des Regierungspräsidiums Freiburg nach § 113 c EnWG ist zu sinnvoll, um weiterhin eine zentrale Behörde in Fragen der Gashochdruckleitungen und der technischen Sicherheit von Energieanlagen zu haben und hiermit den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu fördern.